

Antrag

der Abgeordneten Karin Binder, Caren Lay, Jan Korte, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Petra Pau, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Halina Wawzyniak, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Schutz von Kindern vor Schadstoffen in Spielzeugen wirksam durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Immer wieder werden hohe Schadstoffmengen in Kinderspielzeugen festgestellt, die im Einzelhandel oder im Internet angeboten werden. Der Anteil gesundheits-schädlicher Weichmacher und Schwermetalle sowie allergieauslösender und hor-monell wirkender Stoffe überschreitet festgelegte Grenzwerte zum Teil deutlich. Sogar europaweit verbotene Stoffe werden nachgewiesen.

Die Schadstofffunde bewegen sich seit vielen Jahren auf hohem Niveau. Die recht-lichen Anforderungen für Kinderprodukte im Sinne der EU-Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug (2009/48/EG) werden viel zu oft nicht eingehalten. Über die Hälfte der von der Stiftung Warentest in den Jahren 2011 und 2013 getesteten Spielzeuge waren teils mehrfach mit Schadstoffen belastet. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) stellte im Jahresbericht 2012 fest, dass bis zu einem Viertel der Spielzeuge Schadstoffe über den erlaubten Grenzwerten freisetzen. Nur ein geringer Teil der Produkte war bei der amtlichen Schwerpunktkontrolle frei von Giften. Derzeitige Bemühungen der Bundesregie-rung gegenüber der EU-Kommission, für bestimmte Schadstoffe strengere Grenz-werte durchzusetzen, greifen ins Leere, da die Kontrollen bereits jetzt unzurei-chend sind. Auch gemeinsame Maßnahmen der Bundesregierung mit der Volksre-publik China, die mit 45 Prozent der Einfuhren größter Spielzeugimporteur in Deutschland ist, verbessern den gesundheitlichen Schutz der Kinder nicht. Seit 2011 wurden 3,7 Mio. Euro aus Bundesmitteln für das deutsch-chinesische Vorha-ben „Verbraucherschutz und Produktsicherheit“ ausgegeben. Trotzdem konnte seither keine Senkung der Beanstandungen bei Produkten aus China erreicht wer-den, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Frakti-on DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/461) hervorgeht. Im EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte (RAPEX) stieg der Anteil gemeldeter Spielzeuge 2013 gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel. Fast Zwei Drittel aller Gefahrenmeldungen betrafen Produkte aus China.

Derzeit wird die Überwachung durch die Bundesländer durchgeführt, oft auf kommunaler Ebene. Die Ämter sind kaum für den globalen Spielzeugmarkt aufgestellt. Der überwiegende Teil der Spielzeuge wird importiert bzw. im Internet unabhängig von örtlichen Verkaufsstellen angeboten. Zudem wird die Arbeit durch erheblichen Personalmangel, Fortbildungsrückstände und eine fehlende bundesweite Vernetzung erschwert. Angesichts der hohen gesundheitlichen Gefährdung von Kindern durch belastete Spielzeuge ist festzustellen, dass die behördlichen Strukturen derzeit nicht geeignet sind, die körperliche Unversehrtheit der Kinder bei der Verwendung von Spielzeugen ausreichend sicherzustellen. Das wird auch durch das Monitoring des BVL belegt. Der Bund muss deshalb für eine einheitliche Überwachung Verantwortung übernehmen, auch weil er gegenüber der Europäischen Union (EU) die Gesamtverantwortung für die Einhaltung von Unionsrecht trägt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem
 - die Zuständigkeit bei der behördlichen Marktüberwachung von Spielzeugen unverzüglich auf Bundesebene gehoben wird,
 - Hersteller und Importeure durch die Erhebung von Gebühren angemessen an einer wirksamen Marktüberwachung beteiligt werden;
2. im Bundeshaushalt 2014 die erforderlichen Mittel für eine wirksame Marktüberwachung auf Bundesebene einzustellen. Zudem sollen für den Zoll zur Mitwirkung an der Marktüberwachung die Mittel für Personal und Fortbildung im erforderlichen Maße aufgestockt werden.

Berlin, den 8. Mai 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion